



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

490 (29.10.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194079](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194079)



# Mannheimer General-Anzeiger

Belegpreis: In Mannheim u. Umgeb. monatl. 1.50 M. für den Postboten u. Einschlagungsgebühr 20 Pf. — Vollständig monatl. 2.00 M. ohne Postgebühren. — Abh. 20 Pf. für den Postboten u. Einschlagungsgebühr. — Postfach-Nr. 17000. — Druckerei: Mannheimer General-Anzeiger. — Druck-Abteilung: General-Anzeiger Mannheim.

## Badische Neueste Nachrichten

Belegpreis: In Mannheim u. Umgeb. monatl. 1.50 M. für den Postboten u. Einschlagungsgebühr 20 Pf. — Vollständig monatl. 2.00 M. ohne Postgebühren. — Abh. 20 Pf. für den Postboten u. Einschlagungsgebühr. — Postfach-Nr. 17000. — Druckerei: Mannheimer General-Anzeiger. — Druck-Abteilung: General-Anzeiger Mannheim.

### Der englische Verzicht. Starke Verstimmung in Frankreich.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Erklärung Englands, auf die Rechte aus dem § 18 des Friedensvertrages zu verzichten, in Frankreich sehr unliebsames Aufsehen gemacht. In der französischen Presse wird ein selbstgeschaffener Feldzug geführt. Zwei verschiedene Auffassungen treten hervor. Nach der einen soll die englische Regierung auf alle Rechte aus § 18 verzichtet haben, also auf jede wirtschaftliche Zwangsmaßnahme; nach der andern jedoch nur auf die Sperrmaßnahmen für Waren und Gelder, die nach dem Krieg nach England gekommen sind. Daß die Pariser Presse, namentlich die nationalistischen Blätter, von vornherein geneigt war, die Bedeutung des englischen Schrittes zu übertreiben, ist nicht überraschend. Immerhin ist diese Bedeutung auch nicht zu unterschätzen.

Der „Temps“ erklärt, daß den verbündeten Regierungen nichts übrig bleibe, als der englischen Regierung zu folgen, wenn sie ihren Handel mit Deutschland nicht schädigen wollten. Ferner meint der „Temps“, Deutschland werde durch den englischen Beschluß in seinem Widerstand gegen den Versailler Vertrag gestärkt; man gebe ihm eine Prämie an, die Erfüllung gewisser Verpflichtungen. Das „Journal de Debats“ dagegen hält die Londoner Entscheidung nicht für besonders beunruhigend, bedauert aber, daß die englische Regierung die französische so spät benachrichtigt und vor eine vollendete Tatsache gestellt habe. Die „Liberte“ schließlich, der Zwischenfall von Hamburg stehe vielleicht mit dem Entgegenkommen der englischen Regierung in Beziehung! Wenn die englische Regierung Deutschland derartige Vergünstigungen gewähre, dann brauche man sich nicht zu wundern, daß der Haß gegen Frankreich in Deutschland jeden Tag stärker werde. Eine Neuherung des „Echo de Paris“ verdient noch besonders wiedergegeben zu werden. Das Blatt sagt, der alte Geist des Wettbewerbs komme jenseits des Kanals wieder auf und scheine mehr und mehr den Geist der Zusammenarbeit zu ersetzen. Das sei die große Gefahr. Es sei notwendig, die verhängnisvollen Folgen durch eine vollkommen freiwillige Aussprache zu beseitigen.

Offenbar amtlich beeinflusst, schreibt der „Petit Parisien“, daß man könne aus dem englischen Schritt nicht folgern, daß England auf die Anwendung jeder wirtschaftlichen Zwangsmaßnahme gegenüber Deutschland verzichtet habe. Tatsächlich entziehe es sich mehr der Klatsche noch der Behauptung von deutschen Staatsgütern. Trotzdem sei die Angelegenheit, selbst wenn man sie auf ihre wahre Bedeutung zurückführe, in doppelter Hinsicht bedauerlich. Einmal, weil einer der Unterzeichner des Friedensvertrages auf einen Teil der in ihm vorgesehenen Zwangsmaßnahmen verzichte, ohne die Mitunterzeichner davon benachrichtigt zu haben; zweitens sei nicht nur der Vertrag von Versailles, sondern auch das Abkommen von San Remo verletzt. Dort hätten am 28. April die Verbündeten erklärt, daß sie entschlossen seien, alle Maßnahmen zu ergreifen, daß sie sogar, wenn nötig, zur weitem Befestigung des französischen Gebietes schreiten würden, um die Ausführung des Friedensvertrages sicherzustellen. Diese Verpflichtung habe eine Art Gegenverpflichtung Frankreichs zur Folge gehabt, indem es sich bereit erklärt habe, vor dem festgesetzten Zeitpunkt den Betrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen summe festsetzen zu lassen. Nun verweigere die englische Regierung darauf, alle Maßnahmen zu ergreifen, die nötig sein könnten, Deutschland zu der Ausführung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Es lege den Vertrag nach seiner Weise aus und begrenze damit das Abkommen von San Remo in seiner Wirkung. An diese Folgen habe London jedenfalls nicht gedacht. Ein Teil der öffentlichen Meinung in England table Frankreich, weil es sich der Konferenz von Genf entzogen habe; sie beschuldige es, die Politik von San Remo nicht mehr verfolgen zu wollen. Das Vorgehen Englands beweise, daß der Argwohn unberechtigt gewesen sei. Was man Frankreich vorwerfe, könne man es England verzeihen? Was jenseits des Kanals eine Sünde sei, könne es diesseits als ein verdienstlicher Akt bezeichnet werden? Es genüge, diese Frage zu stellen, da das englische Volk ein Gewissen besitze.

Die französische Regierung wird erst in 2 Tagen Stellung zu der Frage nehmen. Man erklärt, sie habe zwei Seiten: eine rechtliche und eine tatsächliche. Tatsächlich könne das Aufgeben nur eines einzigen Paragraphen des Friedensvertrages durch einen der Verbündeten für alle andern Verbündeten die gleiche Maßnahme nötig machen, wenn die Verbündeten nicht England und seiner Handelsflotte eine denotwendige Stellung in Deutschland einräumen wollten. Rechtlich stelle sich die Frage, ob England als Mitunterzeichner allein vorgehen berechtigt gewesen sei. Auf jeden Fall wolle die französische Regierung dagegen Verwahrung einlegen, daß erst acht oder zehn Tage nach der deutschen Regierung Mitteilung über den Obersten Rats von der getroffenen Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden seien.

In Paris herrscht also fraglos eine sehr starke Verstimmung gegen den englischen Bundesgenossen, der wieder einmal Frankreichs Wege und Absichten durchkreuzt. Infolgedessen erklärt die englische Regierung eine Note, um die aufgeregten Franzosen zu beruhigen:

#### Eine englische Beschwichtigungsnote.

London, 28. Okt. Reuter glaubt zu wissen, daß man in den kompetenten britischen Kreisen der Ansicht ist, daß der Verzicht Großbritanniens auf gewisse im Vertrage von Versailles aufgeführten Rechte nicht unvereinbar sei mit einer loyalen Haltung gegenüber dem Vertrage. Der Verzicht auf indubiduelle Rechte mache auf keinen Fall eine Revision oder Abänderung des Vertrages notwendig und behindere ebenso wenig die Mittel und Wege, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Amsterdam, 27. Oktober. Reuter meldet aus Paris: Der Beschluß Englands, auf das Recht der Beschlagnahme deutschen Privatguts in England zu verzichten, hat eine feindliche Bewegung in der

Pariser Presse hervorgerufen. Die amtlichen Kreise sind überrascht, daß Frankreich einer vollendeten Tatsache gegenübergestellt wurde, ohne Gelegenheit zur Erörterung der Frage gehabt zu haben. Amtliche Persönlichkeiten erklärten nachdrücklich, wenn ein ähnliches deutsches Ansinnen an Frankreich gerichtet werden sollte, werde es unzweideutig abgelehnt werden.

m. Paris, 29. Okt. (Fr. Tel.) Wie die „Liberte“ meldet, wird der englische Verzicht auf das Recht des Friedensvertrages nicht vor den Wirtschaftsrat gebracht werden. Die Frage werde, wie man heute in unterrichtlichen Regierungskreisen versichert, von Regierung zu Regierung geregelt werden.

#### Eine Kumpel mit Franzosen.

Hamburg, 27. Okt. Ueber einen in der Pariser Presse mit der üblichen Aufregung dargestellten Zwischenfall gibt die hiesige Polizei folgenden Bericht: Am Freitagabend besuchte der Attache des französischen Konsulats mit zwei französischen Kaufleuten das Ballhaus Faun-Diele am Gänsmarkt. Nach Angaben deutscher Besucher sollen sie sich dort heraufstürzend benommen haben, so daß es zu einem Streit mit einigen deutschen Besuchern kam. Die Deutschen verließen das Ballhaus und warteten draußen, um die Franzosen wegen ihres Benehmens erneut zur Rede zu stellen. Der Wortwechsel gestaltete sich heftig und artete schließlich in Tätlichkeiten aus, wobei die Spazierstöcke auf beiden Seiten scharf in Wirksamkeit traten. Die Wachmannschaften schritten alsbald ein und brachten alle Beteiligten zur Ruhe, wo ihre Personalien festgestellt wurden. Die Untersuchung ist eingeleitet. Gegen einen deutschen Kaufmann soll Strafantrag gestellt worden sein. So weit der Bericht. Anscheinend handelt es sich um eine gewöhnliche Kumpel.

### Die Gegenrevolution in Rußland.

Kopenhagen, 29. Okt. (WB.) Nach einer Meldung der Berlingske Tidende beklagt sich ein von dem Sekretär des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei Presbraskenski in der Pravda veröffentlichter Artikel darüber, daß die Parteidisziplin nur noch durch Zwang aufrechterhalten werden könne und daß selbst bei alten Kommunisten der Proletariergeist immer mehr schwände. Auch die Bauern widersehen sich immer mehr den Bolschewisten, seitdem sie die Güter unter sich verteilt hätten. Sie verweigerten die Kollektierung des Brogetreides, sodaß sich in vielen Gebieten die städtischen Arbeiter zusammenschlossen und aufs Land zögen, wo sie den Bauern die Vorräte mit Gewalt entrieffen. Die bolschewistischen Leitungen machen keinen Hehl daraus, daß die Bewegung gegen die Sowjet-herrschaft sehr ernste Formen annehme. Man könne die Aufforderung hören, daß die Gewalthaber die schärfsten Maßnahmen ergreifen sollten, ehe es zu spät wäre.

Berlin, 29. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) In der „Roten Fahne“ wird jetzt kleinlaut zugegeben, daß in der Tat in Rußland sich eine starke und umfassende Bewegung gegen die Blut- und Schreckensherrschaft der Sowjet zu regen beginne. Es wird da nämlich berichtet: In einem Referat, das vor dem Plenum der Moskauer Sowjet gehalten wurde, sei Mitteilung gemacht worden über die bestehende große weißgardistische Verschwörung, hinter der angeblich französisches Kapital stehe. Es handelt sich um einen groß angelegten Plan gegenrevolutionärer Propaganda in die Reihen der Roten Armee zu zähren. Außerdem sollen die Industriebetriebe durch Sabotage des technischen Personals gestört werden. Sämtliche „Verschwörer“ seien verhaftet und gegen sie eine Untersuchung eingeleitet worden. In der Moskauer Sowjet-Sitzung wurde beschloffen, eine „rege Wachsamkeit“ anzutreten zu lassen. Zu deutsch also, es brennt an allen Orten und ein Terror ohne gleichen solle die Herrschaft der Sowjet noch verlängern.

#### Die Ratifikation des Friedens mit Polen.

Berlin, 28. Okt. (WB.) Einer Meldung aus Moskau zufolge wurde in der außerordentlichen Sitzung des Russischen Zentral-Vollzugskomitees am 28. Oktober einstimmig folgender Entschluß gefaßt: Nach Durchsicht der Bedingungen für den Frieden zwischen Rußland und der Ukraine einerseits und Polen andererseits, die von den Bevollmächtigten Vertretern der russischen Sozialistischen Föderativen Arbeiterrepublik am 12. Uhr mittags in Riga unterschrieben wurden, ratifiziert das Allrussische Zentral-Vollzugskomitee diese Bedingungen und beauftragt den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten die polnische Regierung von der Ratifizierung in Kenntnis zu setzen. — In einer zweiten, ebenfalls einstimmig gefaßten Entscheidung bestätigt das Allrussische Zentral-Vollzugskomitee den zwischen Rußland und Finnland abgeschlossenen Friedensvertrag.

Kopenhagen, 28. Okt. (WB.) Nach einem Warschauer Telegramm antwortete der polnische Minister des Auswärtigen auf das Telegramm Tschichorins, wonach der Vertrag zwischen Polen und Rußland ratifiziert sei, daß auch der polnische Reichstag den Vertrag ratifiziert habe.

#### Die Grenzüberstellungen im Osten.

Berlin, 28. Okt. (WB.) Das Reichswehrministerium teilt mit: Trotz der Erklärung, daß die Reichswehr mit den deutsch-litauischen Grenzüberstellungen in keinem Zusammenhang stehe, sollten Nachrichten um, die geeignet sind, in weiten Kreisen Verwirrung hervorzurufen; es sei deshalb nochmals festgestellt, daß weder geschlossene Reichswehrtruppenteile, noch einzelne Reichswehrangehörige die deutsch-litauische Grenze überschritten haben, um sich in Litauen anwerben zu lassen. Wenn in den Berichten über Uebertritte an der Grenze Offiziere und Mannschaften der Reichswehr erwähnt werden,

so kann es sich nur um ehemalige Heeresangehörige handeln, nicht aber um solche der Reichswehr. Auch sind aus den Basenlagern der Reichswehrtruppen, die lediglich etatsmäßig ausgestattet sind, keine Waffen nach Litauen verschoben worden.

#### Nordostsibirien durch ein amerikanisches Syndikat erworben.

Berlin, 29. Okt. (WB.) Nach einer Meldung aus Petersburg hat das amerikanische Syndikat Vanderbilt für die Zeit von 60 Jahren das Pachtrecht auf ganz Nordostsibirien östlich des 116. Meridians, einschließlich der Halbinsel Kamtschatka, ein Gebiet von einigen 400 000 Quadratkilometern, mit dem alleinigen Recht der Ausbeutung von Kohlen, Eisen u. d. Fischen, erworben. — Das Syndikat hofft zum Frühjahr 1921 das Gebiet übernehmen und mit der Tätigkeit beginnen zu können.

### Irlands Freiheitskampf.

Amsterdam, 28. Okt. (W. B.) „Telegraaf“ meldet aus London: Der Minister des Innern gestattete auf das Ansuchen der Angehörigen, daß die Leiche des Bürgermeisters Mac Swiney nach Cork übergeführt wird. Am gestrigen Abend wurde die Leiche nach der Kathedrale von Southwark gebracht, vor der sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Als der Sarg in die Kirche getragen wurde, küßten die Frauen das Bahrtuch. In der Kathedrale wurde die Leiche feierlich aufgebahrt. Der Katafalk ist mit Blumen bedeckt. Eine Ehrenwache junger Irländer hat zu beiden Seiten Aufstellung genommen.

London, 28. Okt. (W. B.) Reuter. Der stellvertretende Präsident der Sinnfeiner, Griffith, erklärte den nächsten Freitag, den Tag, an dem Mac Swineys Leiche in Irland eintrifft, zum Nationalfeiertag.

London, 28. Okt. (W. B.) Unterhaus. Bei der Erörterung über die Repressalien in Irland erwähnte Greenwood, daß zehn Mann der königlich-irischen Gendarmarie im Laufe dieser Woche wegen verschiedener Vergehen entlassen worden seien, und fügte hinzu: Wir entlassen jeden Mann, der gegen die Disziplin der Polizeitruppen verstößt.

### Die große politische Aussprache. Der Vorstoß Scheidemanns.

Berlin, 29. Oktober, (Von unserem Berliner Büro.)

Man könnte Herrn Scheidemann eine problematische Natur nennen, nicht im Goetheschen Sinne, vielmehr in dem anderen, buchstäblichen, daß seine zwiespältige Wesenheit ein Problem bleibt. Er hat im Kriege trotz allem keine Verdienste gehabt, auch als erster ordnungsmäßiger Ministerpräsident der jungen deutschen Republik hat er in Weimar und in der Berliner Universitätsaula manchen guten Tag gehabt. Die Sozialdemokratie war die eigentliche regierende Partei geworden und Herr Scheidemann schien erkannt zu haben, daß aus solcher Eigenschaft Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinschaft erwachsen. Die Sozialdemokratie ist immer noch die stärkste Partei, aber seit er aus dem Kanzlerpalais schied, will Herr Scheidemann auch von den Pflichten der Verantwortung offenbar nichts mehr wissen. Er war schon während der Ministerien Bauer und Hermann Müller ein unruhiger Geist geworden. Seit den Juniwahlen vollends, und seit der neuen Kabinettsbildung verzehrt ihn eine Ungebuld, die die Stunde der Wiedertehr zu Amt und Würden sichtlich gar nicht mehr erwarten kann. Für seine geistige Rede gäbe es sonst keine Erklärung, eine Entschuldigung für sie gibt es auch dann nicht. Dabei braucht man noch nicht mit Einzelheiten ins Gericht zu gehen. Nicht mit seinem brünnigen Liebeswerben um die Reste der U. S. P., denen er als erste Etappe für die Wiedervereinigung aller Arbeiter des Parteilos aufsperrt. Auch nicht mit der Statuierung von zweierlei Recht für die Kommunisten und jene anderen Elementen, die er in einer an die Jakobiner und Clubisten der französischen Revolution erinnernden Mentalität schlantweg „Gegenrevolutionäre“ heißt. Für die sogenannten Gegenrevolutionäre Feuer und Schwert, für die Kommunisten Nachsicht und Geduld. Die Berirrten, meint Herr Scheidemann offenbar, würden früher oder später sich selber zurechtfinden. Selbst über die ausgesprochene Demagogie für den betrüblichen Stand der Valuta die gegenwärtige Regierung verantwortlich zu machen, kann man zur Not in Gnaden hinwegsehen. Ungeheuerlich aber und in jedem Belang unverzeihlich waren seine Angriffe auf die Reichswehr, ihre Offiziere und ihren Leiter Seckt, dem der Oberbürgermeister von Rassel vor den argwöhnisch und hämisch lauschenden Ohren des Auslands vormalig, den „Geist von Potsdam“ zu züchten und heimlich und hinterherum die Nichtablieferung der Waffen zu fördern.

Im Parlament wurde Herr Scheidemann gestern freilich alsbald abgeführt. Nur ein paar Sätze verwandte Herr Dr. Gehler für diesen Zweck. Aber aus seiner frischen Menschlichkeit wehte es noch den eiskalten Besessenen vor sich, einen warm und wohlilg an. Der Kriegsminister sprach von der tragischen Aufgabe, die nach dem Abkommen von Spa Herr v. Seckt auf sich genommen, und die er nach dem Zeitpunkt sogar der Entente korrekt und loyal erfüllt habe. Als Herr Dr. Gehler dann noch beim Abgehen Herrn Scheidemann die Bitte verabreicht hatte: gewisse Leute griffen auf die Reichswehr nur zurück, wenn sie Schutz bräuchten, da lag dieser lang ausgebreitet am Boden. Herr Scheidemann hatte aetern auch sonst noch mancherlei Unflät. Herr Peters, der Reichskommissar für das Entwaffnungswesen erklärte, daß bei der Ausführung des Gelehes nicht mit verstedten Karten gespielt würde. Eine spätere örtliche Nachprüfung bleibe vorbehalten. Alles in allem, sei die Entwaffnung nach Wunsch verlaufen. Und Herr Trimborn, der dem Koalitionskabinet einen sehr langen und sehr einocenden Bunkswortel desentrums überreichte, hat sich mit Witz und sichtlich nicht ohne Behoaten Herrn Scheidemanns überlaene Nase verbeaten. Der Abschluß war eine heftige Oppositionsrede des Großen Westarp. Auch in dieser Rede fehlte es nicht an dem Geplänkel gegen die



deutsche Volkspartei, an der Reformation wegen des Auschlusses der Deutschnationalen aus der Regierung. Herr Scheidemann verlangte drohend die sogenannte Volkssozialisierung, Herr Trimborn lehnte jede Sozialisierung ab, die die Produktivität schwäche und die Disziplin im Betriebe schädige und Graf Westarp weist sie rund und nett ab. Und langsam schürzt sich der Knoten. Reichsminister Koch, der zu Beginn der achten Stunde das Wort nahm, hat diesen Knoten noch nicht gelöst. Er beschränkt sich auf einige Richtigerstellungen, und polemisiert gegen den Grafen Westarp wegen dessen Darstellung der Oberschleischen Dinge. Das Kabinett denke nicht daran, aus der Oberschleischen Autonomie weitere Konsequenzen zu ziehen und zu atomisieren und wegen der Wahlen würde mit Preußen verhandelt. Die Nachwahlen in Ostpreußen und Schleswig Holstein würde die Reichsregierung von sich aus anerkennen und auf die Festlegung des preußischen Wahltermins hätte dieses Haus keinen Anspruch. Dann gab er Herrn Trimborn die Versicherung, daß das Schulgesetz, das die Regierung einbringen wolle, sich streng an die Formen der Reichsverfassung halten soll. Nichts könnte man zu all den Sorgen und Entbehrungen heute weniger gebrauchen, als einen Kulturkampf und neue konfessionelle Ferkämpfung. Dann ging man nach persönlichen Bemerkungen von Vints und Rechts, die zum Teil schon persönliche Angriffe waren, auseinander.

**Berlin, 29. Oktober.** (Von unserem Berliner Büro.) Es hat fast den Anschein, als ob die Aussprache im Reichstag sich erheblich in die Länge ziehen und auch noch in die nächste Woche hineinreichen werde und zwar beginnt man nun schon den Sitzungsanfang auf eine frühere Stunde zu verlegen. Heute wird man um 12 Uhr zusammenkommen, morgen wohl schon um 10 oder 11 Uhr. Heute stehen zunächst keine Anfragen auf der Tagesordnung. Dann wird für die Demokraten Abg. Schiffer sprechen, für die Deutsche Volkspartei Dr. Stresemann, für die Unabhängigen Herr Crispian auf der Rednerliste, für die Linke Damm, für die K. P. D. Dr. Reil. Am Schluß der ersten Rednerreihe wird voraussichtlich Minister Simons das Wort nehmen, der dann wohl auch schon über den Erfolg unserer Koten in Sachen der Dieselmotoren berichten können wird. Sollte dann noch eine zweite Rednerreihe folgen, so wird, für die Sozialdemokraten Hermann Müller, für die Demokraten Dr. Dernburg sprechen.

**Abgewiesenes Liebeswerben.**

**Berlin, 29. Oktober.** (Von unserm Berliner Büro.) Herr Scheidemann erriet für sein gestriges Liebeswerben um das Herz der äußersten Linken von der Rechten u. S. P. bis zur K. P. D. in der Presse nur Spott und Hohn. Die „Freiheit“ wickelt vom Sturmgelächter Scheidemann. Die „Rote Fahne“ erklärt: „Ministerfänger war seine demagogische Frage nach den billigen Lebensmitteln. Ministerfänger war seine Forderung, Deutschland soll mit Sowjetrußland die Beziehungen aufnehmen, Ministerfänger der Generalangriff auf Seeckt und die Reichswehr.“ Und in der Tat, diesmal hat ausnahmsweise die wackere „Rote Fahne“ einmal die Wahrheit gesprochen.

**Sitzungsbericht.**

(Schluß.)

wb. Berlin, 28. Okt.

**Reichskommissar Vetters**

spricht über die Ergebnisse der Entwaffnungsaktion. Das Gesetz verleiht Zwangsmaßnahmen, zumal das Gebiet sehr groß sei und nur die Polizei zur Verfügung stehe, da die Reichswehr nicht damit befaßt werden sollte. Der Weg der freiwilligen Ablieferung habe sich bewährt. Die Frist sei noch bis zum 1. Nov. ausgedehnt worden. Die Ablieferung sei ziemlich gleichmäßig erfolgt. Jedenfalls sei nirgends eine größere Lücke festgestellt worden. Auch auf dem Lande liege keine Zurückhaltung vor. Was die Organisationsangelegenheiten anbelange, so hoffe er, daß es bald gelingen werde, auch diese zu entwerfen. Doch mit den Waffen große Schwierigkeiten vorzunehmen werden sind, ist bekannt. Auch ist es richtig, daß unsichere Elemente sich in den Besitz von Waffen gesetzt haben. Das war z. B. in Potsdam der Fall. Das Ergebnis der Ablieferung war 829 Gewehre, 1635 Maschinengewehre, Flammenwerfer usw., 1.735.000 Geschosse und 11 Millionen Geschosse. Alles dies ist nur auf freiblichem Wege streicht worden.

**Abg. Trimborn (Str.)**

einmündig der Rede Scheidemanns den Eindruck, daß die Mehrheitssozialdemokraten zu genehmer Zeit die Regierung stützen wollen. An uns hat seinerzeit die Schuld an dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung nicht gelegen. Wenn die Sozialdemokratie aber gewissermaßen eine drohende Haltung gegen das Ministerium einnehme, so werde sie uns gerädert finden. Der Redner fordert die Regierung auf, den Bolschewismus scharf im Auge zu behalten. Gegenüber Scheidemann müsse er betonen, daß der Reichstagsler von einem Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten nichts gehört habe. Redner geht sodann auf die Vorträge in Kassel und Halle ein und spricht dem Kabinett gegenüber den dort erhobenen Angriffen des unerschütterlichen Vertrauens aus. Was die Angriffe auf den Reichswehrminister betreffen, so vermittele er in Scheidemanns Ausführungen die Forderung der Disziplin. (Allgemeine Zustimmung.)

Was die Beziehungen zum Ausland anbelangt, so warte er vor jeder Illusionspolitik. Auch auf das Wahlergebnis in den Vereinigten Staaten solle man keine großen Hoffnungen setzen. Es bleibe weiter der Osten! Aber zum Teil seien auch hier die Verhältnisse ausbleislos. Besser ließe es mit Italien. Polen dagegen hat sich die höchste Gebillertung bei uns zugewogen. Der Name „Oberschleisien“ sei dafür der Beweis. Da müsse unter Berücksichtigung zu Polen sehr nächsten behandelt werden. Das Hauptziel der Diplomatie müsse die Wiederherstellung der Beziehungen unter den Staaten Europas sein. Dann werden die Amerikaner bereit sein, dem gestillten Europa zu helfen. In diesem Punkte muß die Diplomatie mitwirken. Jeder komme bei der Behauptung der Vorkriegsstände das in politische Gemeint nicht einzuweichen zur Geltung. Er vermittele im Auswärtigen Amte einen Kulturkretentien, der mit dem Reich unswollen betraut werden müsse.

Der Redner nimmt sodann auf die Kollars einer großen Anzahl von Auslandsdeutschen zu sprechen und verlangt eine gewisse Freistellung über die Kollars und die Mittel, um diese dem Vaterlande zurückzuvermitteln. Den Südtirolern höhere er die deutsche Treue zu. Den Kärntnern danke er für das Festhalten am deutschen Vaterlande.

Der Redner geht sodann auf die einzelnen Positionen des Etats ein. Der Fehlbetrag von 48 Milliarden könnte den Staatsbankrott bedeuten. Das würde aber den Verlust der Selbstständigkeit bedeuten. Eine Erhöhung der direkten Steuern sei nicht mehr möglich. Sparsamkeit und Erhöhung der Arbeitsleistungen sei die Hauptsache. Die Zahl der Beamten müsse überall herabgesetzt werden. Wir brauchen ein festes Programm, das allerdings mehr den reinen Sozialismus, noch auch den liberalen Liberalismus bederien könne. Eine Schwächung der Produktion werde die gesamte Sozialisierung des Vorkriegsbaus nicht möglich machen. Die Besetzung des Ruhrgebietes richte eine Grenze der Produktion vor. Es seien und damit das Ende des Tages bedeuten.

Die Grundrungsfrage ist für uns zweifelsfrei. Die Finanzwirtschaft müsse sein. Ein großer Teil der Landwirtschaft sei lonal gewesen. Wiele aber hätten sich die Verhältnisse unwise gemacht. Bedauerlich sei es, daß dies auch auf die Industrie übertrug und zur Ausbeutung der Kollars führe. In der Schlußrede liehe seine Partei entschieden auf der Innehaltung des Weimarer Schlußkompromisses.

Jedem Wunsche, ein anderes Schulgesetz vorzulegen, werde seine Partei in schroffer Opposition entgegenstehen. Was die Neugliederung Deutschlands anbelange, so erinnere er daran, daß in Preußen demnach die Frist ablaufe, die durch Artikel 167 der Verfassung gestellt sei. Demzufolge seien zahlreiche Gebiete berechtigt, durch Volksabstimmung über ihr weiteres Verbleiben bei Preußen sich schlüssig zu machen. Die Rheinlande werden z. B. von diesem Recht Gebrauch machen. Hier müsse die Reichsregierung die Führung in die Hand nehmen. Wir wollen keinen Einheitsstaat nach französischem Muster, aber ein kräftiges Reich. Der Redner schließt mit dem Spruch: Halte fest am Reich!

**Abg. Graf Westarp (Deutschholl.)**

erinnert an den lebhaften Widerspruch aller Parteien gegen die Schaffung des polnischen Staates 1918. Heute werde wohl jedermann diesen Beschluß bedauern. Jetzt wollen die wahren sich ohne Volksabstimmung und mit Gewalt in den Besitz Oberschlesiens setzen. Das wisse die Regierung bereits für den Frühjahr. Die Denkschrift, welche die Regierung zu der Frage verfaßt habe, verlege aber in vielen Punkten. Die Antwort der Gegner auf unsere Kolen sei in ihr nicht enthalten. Die Regierung habe auf ihren Protest gegen die Waffenlager in der Kote vom 3. Mai überhaupt keine Antwort erhalten. Weiter aber habe sie nichts unternommen. Warum habe die Regierung im August den polnischen Aufstand nicht niederschlagen mit Gewalt?

Der Zwischenfall in Breslau sei verständlich angesichts der Zustände in Oberschlesien. Von der Erklärung, die Minister Simons damals abgegeben mußte, müsse er sagen, daß sie die ungeheuerlichste Lüge sei, die die Geschichte kenne. Lieber die Aussichten der Abkündigung in Oberschlesien sei zu sagen, daß die Regierung mit mehr Energie für die Freiheit der Abkündigung eintreten und daß der Reichstag dies durch einen Beschluß bekunden müsse. Wenn ferner aus Oberschlesien durch die Vertretungskommission ein nicht mehr Kohlen zugewiesen werden können wir das Spaabkommen nicht einhalten. Die Regierung gehe gegen die Bedrückungen der deutschen Bevölkerung in Polen nicht scharf genug vor. Oberschlesien sei keine innere Frage Polens, sondern eine Angelegenheit der deutschen Volksgemeinschaft, deren Schutz im Friedensvertrag festgelegt und für die auch wir einzutreten hätten. Die Regierung muß ihren festen Bestimmungswillen bekunden und eine feste Hand zeigen, um das Abkündigungsvorhältnis günstig zu beeinflussen. Der Autonomienwille ist nicht geschildert. Die Denke, welche eine Zerspaltung Preußens wolle, liegt meistens im Zentrum. Gegen den Plan des Abg. Trimborn lege er Verwahrung ein. Eine Wiederaufrichtung sei nicht möglich, ohne ein starkes einiges Preußen. Die Vaterlandsliebe steht bis weit in die Reihen der Arbeiter. Preussische und deutsche Interessen sind identisch.

Redner wendet sich dann der auswärtigen Politik zu. Die Genfer Konferenz schreibe noch immer in der Luft. Wahrend für die Frage, was wir leisten und abgeben können, kann nur unsere Auslandsstatistik sein. In Brüssel habe die Regierung eine Denkschrift überreichen lassen, in der viele Fehler enthalten sind und die kein richtiges Bild unserer Ausfuhrverhältnisse bietet. Der gefälliger Vertrag kann keine Grundlage für die Herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und uns sein, wie unter Vertretung in Paris gesagt habe. Er müsse gegen diese Auslegung entschieden protestieren. Die Notwendigkeit einer Änderung dieses Vertrages müsse daher das Geterum Genes des gesamten deutschen Volkes sein.

Redner protestiert gegen die geforderte Auslieferung von Reichsdeutschen und fordert eine energische Stellungnahme der Regierung gegen diese Forderung. Außerdem müsse sie gegen die vielfachen Vertragsverletzungen energisch einschreiten, für das Festhalten unserer Kolonien eintreten und gegen die Drohung mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet Front machen. Gegenüber dem Abg. Trimborn nimmt Redner die Kandidatur in Schutz. In der Sozialisierungsfrage sei ihm das Verbot der Deutschen Volkspartei nicht klar. Die Sozialdemokratie wolle aus der Angelegenheit eine Machfrage machen. Die Aufhebung von Einseitigkeit hätte die Regierung nicht genutzten dürfen und gegen die von den Geneserstaaten verurteilte Nebenregierung energisch einschreiten müssen. Der schlußliche Schlag sei die Abkündigung gewesen. Redner entwirft dann das deutsche nationale Programm. Die Partei müsse mit der Oppositionsstellung rechnen. Die Beschimpfungen des Offizierskorps durch Scheidemann fordere den allerhöchsten Protest heraus. Mit der moralischen Verurteilung Scheidemanns und Müllers gebe er für seine Partei keine Zustimmung. (Zustimmung und Zustimmung.) Will die Sozialdemokratie im Februar oder März, wie verlaunt, die Regierung stützen und sollten Neuwahlen kommen, so seien wir dem gerne entgegen.

Reichsminister Koch polemisiert gegen den Vordredner. Die Verletzung des polnischen Staates sei aus militärischen Gründen erfolgt. Die Autonomie Oberschlesiens sei eine zwingende Notwendigkeit. Die Hauptsache sei, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe. Die Regierung sei aber nicht gewillt, dieses Beispiel Oberschlesiens auf andere Gebiete auszuweiten. Auf die übrigen Angriffe Westarps wird Minister Simons, margin antworten. Die Regierung werde sich genau an das Schlußkompromiß halten.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Verbeur, Trimborn und Graf Westarp verlegt das Haus die Weiterberatung bis Freitag mittag 12 Uhr. Vorher: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen.

Schluß gegen 8 Uhr.

**Die politische Aussprache im bayerischen Landtag.**

**München, 29. Okt. (Pr.-Tel.)** Die Präsident Königsbauer in der gestrigen Landtagssitzung mitteilte, soll nach den Dispositionen des Kabinetts in der nächsten Woche keine Vollziehung stattfinden. Es wird nur der Finanzauschuss und Wirtschaftsausschuss tagen. Die erste Vollziehung soll am 9. November abgehalten werden. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung wird der Etat des Ministeriums des Äußeren, mit dessen Beratung die große politische Aussprache verbunden wird, gesetzt werden. Die Vollziehungen sollen künftighin eine längere Dauer erhalten. Der Präsident knüpfte daran die Warnung an die Redner, sich eine weite Selbstbeschränkung aufzulegen, da nicht nur der Haushalt für 1920, sondern auch jener für 1921 zu erledigen ist.

**München, 28. Okt. (WB.)** Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages brachte heute folgenden Drei-Lafelkontrag ein. Die Unterzeichneten verlangen die Einziehung eines Untersuchungsausschusses. Gegen die Organe der Polizeidirektion München wird der Vorwurf erhoben, daß sie eine Organisation gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt hat, Menschen gewaltsam zu befechtigen. Beweismaterial und Zeugen stehen zur Verfügung. Da Gefahr in Verzug ist, beantragen wir, der Landtag wolle beschließen, daß der Hausauschuss beauftragt werde, die Angelegenheit in seiner heutigen Sitzung zu unteruchen. Am Schluß der heutigen Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Auer dieser Antrag zur Verlesung gebracht. Das ganze Haus erklärte sich mit der sofortigen Behandlung im Ausschuss einverstanden.

**Die Nege gegen die Orgeß.**

**Dresden, 28. Okt. (WB.)** In der Sitzung der sächsischen Volkstammer gab der Minister des Innern vor Eintritt in die Tagesordnung zu den durch die Presse gegen einen Mitteilungen über die Chemnitzer Vorgänge und angeblichen Bestrebungen der Orgeß-Beamten und Offiziere der Reichswehr und Landespolizei für ihre reaktionären Bestrebungen zu erwähnen, eine längere Erklärung ab, in der er u. a. sagte, die Regierung verurteile die fortgesetzte Umkehrung im staatlichen Leben und die Vereitelung von öffentlichen Organen zum Treubruch auf das schärfste. Soweit die Chem-

nitzer Vorfälle in Betracht kämen, habe das Ministerium des Innern die Offiziere der Landespolizei, Hauptmann Kanrad und Leutnant Schelle sofort ihres Dienstes entbunden und eine schnelle unparteiische Untersuchung angeordnet, mit deren Führung ein Beamter aus dem Ministerium des Innern so wie ein Kommissar der Landespolizei beauftragt worden sei. Die Regierung lasse im übrigen das Gebahren der Orgeß und ihrer Anhänger in Sachen ständig scharf überwachen. Nachdem diese Erörterung in Ostfahen gleichfalls der Vermutung Raum gegeben hatten, daß auch hier die Orgeß eine Verbindung mit der Reichswehr anstrebe, sei das Wehrkommando 4 zur Richterstattung an das Reichswehrministerium aufgefordert worden. An das sächsische Volk aber richte die Regierung das dringende Ersuchen, die Ruhe zu wahren und sich nicht provozieren zu lassen. In der folgenden Aussprache erhoben die Redner der Rechten entschieden Einspruch gegen diese einseitige Darstellung der Chemnitzer Vorgänge durch den Minister, während im übrigen die Meinungen des Hauses weit auseinandergingen. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die voraussichtlich letzte Sitzung der sächsischen Volkstammer durch den Präsidenten geschlossen. Am 14. November finden die Neuwahlen statt. Am 7. Dezember wird wahrscheinlich der neue Landtag zusammentreten. Bis dahin gilt die Volkstammer als verfassungsmäßiger Landtag.

**Dresden, 28. Okt. (WB.)** Die Chemnitzer Volkstammer hatte sächsische Reichswehrformationen beschuldigt, die Ausrüstung von Orgeß-Battalions übernommen zu haben, und in Verbindung damit auch mehrere Namen von Offizieren genannt. Dazu erklärt das Wehrkommando 4: Weder die Zeitbahn, noch in Frankenberg, noch an irgendeinem anderen Orte des Wehrkreises ist von Reichswehrformationen die Bewaffung oder Ausrüstung eines Chemnitzer oder irgendeines anderen Orgeß-Battalions übernommen worden. Weder der General a. D. Senft von Bilsch noch ein anderer der in der genannten Veröffentlichung angeführten Offiziere gehören der Reichswehr an. Zwischen der Orgeß und der Reichswehr bestehen keine Verbindungen.

**Deutsches Reich.**

**Die Lage des deutschen Eisenbahnwesens.**

**München, 29. Okt. (Pr.-Tel.)** Unterstaatssekretär von Frauendorfer ist nun von der Goslarer Eisenbahnkonferenz wieder in München eingetroffen. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß unter keinen Umständen die Defizitwirtschaft im deutschen Eisenbahnwesen weiter gehen darf, wenn nicht der Zusammenbruch untermittlich werden soll. Erfreulich war die Feststellung, daß die Befürwenger der Eisenbahner allenthalben zueinander. In politischer Beziehung stehen die Verhältnisse allerdings noch zu wünschen übrig, da namentlich in Mitteldeutschland die rote Strömung immer noch vorherrscht. Sie bezweckt das deutsche Eisenbahnwesen als Waffe im politischen Kampf zu benützen.

**Der Fall Hermes.**

**Berlin, 29. Okt. (WB.)** Laut Freiheit hat die USF-Fraktion des Reichstages im Reichstage einen Antrag eingebracht, der wie folgt lautet: Auf Grund des Artikels 34 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die gegen den Reichsverwaltungsmann Hermes erhobenen Vorwürfe zu prüfen hat.

**Die Waffenablieferung.**

**Berlin, 29. Okt. (WB.)** Wie der Reichskommissar für Entwaffnung gestern im Reichstag mitgeteilt hat, wurden rund 1.735.000 Gewehre, 800 Geschütze, Flammenwerfer, Minenwerfer und ähnliche Wurfgeschosse, 11.000 Maschinengewehre sowie 11.000.000 Schußhandwaffenmunition abgeliefert und beschlagnahmt oder der gesetzlichen Befehl entsprechend angezeigt. Die Frist der freiwilligen Waffenablieferung läuft am Montag, den 1. November ab. Es ist nochmals dringend allen Waffenbesitzern anzuraten, die ablieferungspflichtigen Waffen schleunigst abzugeben. Nach weiteren Erklärungen des Reichskommissars in der heutigen Sitzung des Reichstages werden örtliche Durchsuchungen im Laufe des November überall dort erfolgen, wo der Verdacht besteht, daß Waffen verborgen gehalten werden. Jeder, bei dem alsdann Waffen gefunden werden, hat schwere Freiheitsstrafen zu erwarten.

**Baden.**

**Die Inangriffnahme der Bauarbeiten für die Redar-Kanalisation.**

Von ganz besonderer Seite wird uns geschrieben: Kleinere Teile von E. Darbelleit für die untere Strecke der Redar-Kanalisation Baden-Baden-Wormheim sind kurzfristig ausgeschrieben, allem Anschein nach soll die Vergabung und Inangriffnahme der Arbeiten alsbald erfolgen. So erwidert die Tatsache des unmittelbaren Beginns der Bauarbeiten ist, so befreudlich muß es sein, daß die Arbeiten nach einem Entwurf aufgenommen werden, zu dem der vom Reichswehrminister eingeleitete Wasserstraßenbau noch gar keine Stellung genommen hat, über den die Schiffahrtbehörden noch nicht geäußert wurden und für den das wasserpolizeiliche Genehmigungsverfahren noch gar nicht durchgeführt wurde. Dieses Vorgehen muß bei einem demokratisch sein wollenden Staate stark bedauern.

Soll der Wasserstraßenbau nur ein Vorläufer sein, dann hätte man ihn überhaupt weglassen sollen. Wodurch er aber einmal da ist, muß er vor Inangriffnahme Stellung zu dem zur Ausführung vorgesehenen Entwurf nehmen, damit seine Verhältnisse rechtzeitig Beachtung finden können. Von jedem privaten Unternehmen wird verlangt, daß das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren von der Inangriffnahme eines Baues durchgeführt ist, der Staat setzt sich ihm aber nicht über diese gesetzliche Bestimmung hinweg und beginnt mit den Arbeiten selbst auf die Gefahr hin, daß ein Teil derselben wieder befristet werden muß und die dafür ausgeworbenen Gelder umsonst ausgegeben werden.

Wann und wie soll hier Wandel geschaffen werden? Wann endlich wird der Wasserstraßenbau einbezogen und die Schiffahrtbehörden gehört? Wann endlich wird das wasserpolizeiliche Verfahren eingeleitet?

**Letzte Meldungen.**

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks. m. Köln, 29. Okt. (Pr.-Tel.) Der Sonderberichterstatler der „Köln. Ztg.“ dröhlet aus London: Der Ausstand der Bergarbeiter ist beigelegt worden.

**Drohender Zustand in der Frankfurter Metallindustrie.**

**Frankfurt a. M., 28. Okt. (Pr.-Tel.)** Die Organisation der Arbeiter in der Metallindustrie hat das Abkommen über die Zulassung des 10-prozentigen Steuerabzuges und die Entschädigung der Kurzarbeiter zum 1. November gelehnt. Wie der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates heute Abend in einer Berammlung mitteilte, steht die Arbeiterchaft hierin eine Nachfrage und ist willens, erst zum Streik zu schreiten.























National-Theater Mannheim.

Freitag, den 29. Oktober 1920.  
Verpflichtung der Miteinstellung D  
Zum Besten des Chorpersonals

Carmen

Oper in vier Akten von Georges Bizet. Text von  
Henri Meilhac und Ludovic Halévy. Spielleitung:  
Karl Wary. — Musikalische Leitung: Felix Seidner.

In den Hauptrollen:

Carmen — Hel. Lippe; Don José — Hübsch;  
Escamillo — Schmitt; Micaëla — Fr. Kallin;  
Frasquita — Fr. Höhr; Mercedes — Fr. Bremer.  
Anfang 8 1/2 Uhr — hohe Preise — Ende 10 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Heute Freitag abend 7 1/2 Uhr:  
Letztes Gastspiel d. Orig. Schillertheater

„Am Dirndlhof“

Samstag, Sonntag nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr:  
Die letzten drei Vorstellungen: „Am Dirndlhof“.

Kabarett Rumpelmayer!

Heute  
Ehren- und Benefiz-Abend  
für den beliebten Mannheimer Humoristen

Kurt Graf



Das lachende Gesicht!

Kabarett Rumpelmayer

Heute Heute

Ehren- und Benefiz-Abend  
KURT GRAF

Mitwirkende u. a.: Xaver Terofal  
Schillersertis Schwarz  
Schupplattler etc. 5141  
Anfang präzis 8 Uhr.

1, 3-4 Kaffee Friedrichsbau 1, 3-4

Heute Freitag

Ehren u. Benefizabend

Die die in Mannheim so sehr beliebten  
Künstler Hugo Fiala u. Josef Komala  
Mitwirkende: Irene Leissner, Marie Wohlrab  
Als Gast: \*9112

Herr May, Klavierhumorist

Anfang 7 1/2  
Eintritt 2 Mk., Steuer 60 Pfg.

Mannheim — Casinosaal

Heute Freitag extra grosse Dank- und

Abschieds-Vorstellung der beliebten

Bellachini-Gastspiele

Vorverkauf: Konzertkasse Heckel, O. 2, 10. Tel. 1103.

3 Sittlichkeitsvorträge

von Herrn Rektor Treppmann aus Bernen  
im Saale von K 2, 10.

Samstag, 30. Okt. und Sonntag,  
31. Okt., abends 8 Uhr:

Brennende Fragen geschlechtlicher Sittlichkeit.  
Nur für Männer und junge Männer!

Montag, 1. Nov. (nicht heute, wie ander-  
weitig bekanntgegeben), abends 8 Uhr:

Warum gibt es so viele unglückliche Frauen?  
Nur für Frauen und junge Mädchen!

Eintritt frei! \*9134

Kinder unter 16 Jahren haben freien Zutritt.

Verein Hundesport E. V. Mannheim

Einladung zur Haupt-Versammlung

am Mittwoch, den 3. November d. Ja.,  
abends 8 Uhr, im Rebenzimmer Hotel  
Leuchtweis, L 13, 22. 11970

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.

2. Berichtigung der 3. Mannheimer Hundesport-  
Zeitschrift.

3. Bericht des Besonderen.

Inschließend:  
Gründungsversammlung der vereinigten  
Bezirke abends 8 Uhr im „Wilden Mann“  
Mannheim, N 2.

Der Vorstand.

# Wegen Umzug!

Ab Freitag, den 29. ds. Mts.

## Grosser Räumungs-Verkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Verkauf nur gegen Bar.

# Gebrüder Wirth, O 6, 3.

11976

### Knaben-Kleidung

ein Spezial-Artikel unserer Firma.

In eigener Abteilung bringen wir in grosser Auswahl  
und für jedes Alter

**Anzüge, Paletots, Ulster, Pelerinen,  
Joppen und einzelne Hosen**

in einfarbig bis reinsten Ausfarbungen zu billigen Preisen.

Besichtigen Sie uns gefl. Interessierung unserer  
Läger und Schulmeister.

## ENGELHORN & STURM

GRÖSSTES SPEZIALGESCHÄFT FÜR HERREN- u. KNABENKLEIDUNG  
MANNHEIM O 5, 12/16.

Stets Eingang  
von Neuheiten.

## Leih-Bibliothek

Täglich  
Neuaufnahmen.

Deutsch • Englisch • Französisch

Monatlich 1.70

## S. Wronker & Co., Mannheim.

## 2 hochkünstlerische Sensationen 2

# Schwarzwaldmädel

Volksstück in sechs riasigen Abteilungen nach der beliebtesten aller  
Operetten von August Neithardt. — Für den Film bearbeitet  
von Robert Heymann. — In den Hauptrollen als:

**Bärbele: Uechl Elleot — Malvine: Ria Jende.**

Eigens für den Film zusammengestellte Schwarzwaldmädel-Musik  
ausgeführt durch unser Hauskapell-Orchester, bestehend aus 19 Mann, unter  
Leitung des Kapellmeisters Herrn Hans Bannhold.

---

## II.

# Die Tänzerin

5 Akte Eine Film-Tragödie nach dem gleichnamigen Roman  
von Meynoth Lengyel. — In der Hauptrolle:

## Leopoldine Konstantin

die vielgefeierte preisgekrönte Tänzerin. 5245

Anfang 5 Uhr! — Letzte Vorstellung halb 8 Uhr! — Anfang 5 Uhr!

# SCHAUBURG

Stenographenverein Stolze-Schrey  
MANNHEIM

Sonntag, 31. Oktober, abends 7 Uhr  
im Saale des Friedrichsparks

Stiftungsfest mit Ball

Eintrittskarten sind am Saaleingang erhältlich.  
Parkkarten brauchen nicht gelöst zu werden 11970

Inhaber von Lebensversicherungspolice

Kriegsangehörigen können sich auf volle Art Neben-  
einnahmen verschaffen. Interessenten belieben Ein-  
fragen und. A. Q. 16 zu richten an die GdH. \*9136

An einem

Gymnastik-Kurs

können noch zwei 12-15jähr.  
Mädchen teilnehmen. \*9131

Frau Prof. Winther, Rich. Wagnerstr. 25 Tel. 2893

Nur noch kurze Zeit!

Wir laufen noch gebrauchte (8172)

Schreibmaschinen  
(Remington bevorzugt) u. selbst. Engb.  
Remington-Schreibmaschinen-Ges. m. b. H.  
Mannheim, E 4, 4-9. — Telefon 494.

## Künstlertheater Apollo

Ab 1. November abendlich 7 1/4 Uhr im neuen Varieté-Spielplan

### Persönliches Gastspiel des Meisterdetektivs Erik Jan Hanussen

als Wunschrutengänger.  
Ein moderner Sherlock Holmes.



# Harry Piel

In seinem zweiten

## Riesen-Sensations-Film

# Der Verächter des Todes!

Abenteuer eines Vielgesuchten in 6 Riesen-Akten.  
Der Film der größten Sensationen

Traumhaft schöne Motive von Italiens und Dal-  
matens Küsten ziehen an unserm Auge vorüber,  
vernichtet mit einer alles in den Schatten stellen-  
den spannenden und sensationellen Handlung.

Ab heute:

# Palast Theater!

Für sämtliche „Harry Piel-Films“ der Serie 1920/21  
haben nur wir das Erstaufführungsrecht; „Harry  
piel“ sehen Sie daher zuerst nur in unserem  
Theater. 5142

Anfang 3 Uhr. Letzte Vorstellung 8.15.

Drucksachen für die gesamte In-  
dustrie liefert schnell  
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

Hausierer für gute Mittel  
Karl Müller, Mannheim, E 1, 1.